MÜNSTER26

BESCHLUSSPAPIER

Münster, 28. August 2026

Beschluss der gemeinsamen Klausurtagung
der Geschäftsführenden Vorstände von CSU/CSU und SPD

Deutschland gemeinsam voranbringen: Wachstum, Sicherheit und Zusammenhalt

In Verantwortung für Deutschland. Mit diesem Leitgedanken ist die Koalition wichtige Reformschritte angegangen. Reformen sind notwendig, denn die Welt befindet sich im Wandel. Der Krieg gegen die Ukraine ist längst ein Krieg gegen die Sicherheit Europas, internationale Krisen treffen uns mit voller Wucht, wir spüren die Auswirkungen des Klimawandels und den demographischen Wandel. Unsere Wirtschaft hat mit diesen Herausforderungen zu kämpfen. Reformen sind kein Selbstzweck, sondern eine notwendige Antwort auf diese Entwicklungen. Daher verfolgen die von dieser Koalition beschlossenen und geplanten Reformmaßnahmen immer die Ziele, Aufschwung anzustoßen, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu stärken, soziale Sicherheit zu gewährleisten und den Schutz und Zusammenhalt der Menschen in unserem Land zu stärken.

Seit dem Beginn der gemeinsamen Regierungszeit ist klar, **wir modernisieren Deutschland.** Wir investieren unter anderem mit dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität massiv in die Zukunft unseres Landes und beschleunigen die Planungs- und Genehmigungsprozesse. Mit dem Deutschlandfonds hebeln wir über 130 Mrd. Euro an privaten Investitionen in Schlüsselbranchen. Start-Ups und Scale-Ups bieten wir besser Bedingungen ihre Unternehmen in Deutschland nicht nur zu gründen, sondern auch groß werden zu lassen. Mit der High-Tech Agenda stärken wir Forschung und Innovationen in sechs Schlüsseltechnologien und bringen so exzellente Forschung in wichtige Anwendungsbereiche. Wir rüsten unsere Bundeswehr so aus, damit wir uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen. Wir stärken neben der äußeren ebenso die innere Sicherheit durch zeitgemäße, technische Befugnisse. Im Bereich der Energiekosten entlasten wir Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen aus Mittelstand, Industrie und Handwerk mit einer Vielzahl von Maßnahmen, u.a. durch die Senkung der Netzentgelte, der Stromsteuer für das produzierende Gewerbe, den Industriestrompreis oder das „Kraftstoffmaßnahmenpaket“. Mit der Modernisierungsagenda haben wir einen verbindlichen Fahrplan für einen modernen Staat.

Die Koalition hat in den letzten Wochen weitere wichtige Reformschritte für Aufschwung und Beschäftigung beschlossen. Unser gemeinsames Ziel ist es, wirtschaftliche Dynamik zu entfachen und gleichzeitig Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt zu sichern. Entscheidend ist, dass die Bundesregierung die Reformvorhaben sehr zeitnah vorlegt und wir unter anderem die folgenden Maßnahmen möglichst bis Ende des Jahres im Deutschen Bundestag beschließen.

Wir werden die Rente zukunftsfest machen. Die Koalition hat mit wichtigen Reformen der privaten und betrieblichen Altersvorsorge sowie der geplanten Frühstartrente zentrale Schritte unternommen, um die Alterssicherung langfristig zu stärken. Die gesetzliche Rente bleibt eine zentrale Säule der Alterssicherung. Sie muss gerecht, verlässlich, bezahlbar und zukunftsfest sein. Die Alterssicherungskommission hat dafür einstimmig wichtige Vorschläge präsentiert. Das parlamentarische Verfahren hierzu wollen wir bis Jahresende abschließen. Dabei bestand in der Kommission Einigkeit, dass es sich um eine umfassende Lösung im Paket und nicht um einen Katalog möglicher Einzelmaßnahmen handelt. Diesem Verständnis schließt sich die Koalition an.

Wir schaffen mehr Flexibilität im Arbeitsmarkt. Diese Flexibilität wollen wir u.a. mit Maßnahmen wie der Verlängerung von sachgrundlosen Befristungen, besseren Abfindungsoptionen oder steuerlichen Anreizen für Zuschläge für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen erreichen. Dies verbinden wir mit fairen Arbeitsbedingungen und einer starken Sozialpartnerschaft. Gerade in Zeiten des wirtschaftlichen und technologischen Wandels kommt es darauf an, Arbeitslosigkeit möglichst zu vermeiden und Menschen beim Übergang von Arbeit in Arbeit zu unterstützen. Deshalb stärken wir die Bundesagentur für Arbeit und die Arbeitsmarktpolitik mit einer besseren Berufsberatung im Erwerbsleben, Arbeitsmarktdrehscheiben und gezielten Job-to-Job-Qualifizierungen. Auch die Förderung von Weiterbildung in Transfergesellschaften wollen wir stärken. So geben wir Beschäftigten Perspektiven und ermöglichen Unternehmen, Fachkräfte auch in Zeiten der Transformation zu halten. Den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wollen wir dabei stabil halten. Die neue Regelung der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung ab dem ersten Tag wird flexibel und praxistauglich ausgestaltet.

Junge Menschen brauchen echte Chancen auf Bildung, Ausbildung und gute Arbeit. Deswegen wollen wir u.a. mit einem Programm „Zweite Chance“ die Zahl der Jugendlichen ohne Schul- bzw. ohne Ausbildungsabschluss deutlich verringern. In einem zweiten Schritt wollen wir auch das Bildungs- und Teilhabepaket weiterentwickeln, damit kein Jugendlicher ohne Schulabschluss bleibt. Die Ergebnisse der Kommission zur Sozialstaatsreform müssen schnellstmöglich umgesetzt werden. Dabei müssen insbesondere auch die Hinzuverdienstgrenzen im Kontext der Neusystematisierung verschiedener Sozialleistungen so ausgestaltet werden, dass sie es den Menschen leichter machen ihre Erwerbsarbeit auszuweiten, sodass ein Mehr an Arbeit auch zu einem höheren Einkommen führt.

Wir stärken Klimaschutz und Klimaanpassung. Die Folgen des Klimawandels – Hitze, Dürre, regionale Wasserknappheit bei parallel auftretenden Starkregenereignissen – werden keine Ausnahme bleiben, sondern immer häufiger auftreten. Den Schaden für die Menschen in unserem Land, für unsere Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft sowie unsere Natur werden wir begrenzen. Dazu setzen wir den Sonderrahmenplan Naturschutz und Klimaanpassung zielgerichtet um und entwickeln die inhaltliche Ausrichtung gemeinsam mit den Ländern weiter und prüfen die Einführung einer diesbezüglichen Gemeinschaftsaufgabe. Zusätzlich haben wir die Mittel der Städtebauförderung verdoppelt und investieren in großem Maße in Klimaschutz und Klimaanpassung. Gleichzeitig werden wir der Land- und Forstwirtschaft, die von den Auswirkungen unmittelbar betroffen ist, wirksame Instrumente zur Anpassung und Risikovorsorge bereitstellen.

Wir entlasten Familien mit kleinen und mittleren Einkommen durch eine Anhebung des Grundfreibetrages, die Anhebung des Kinderfreibetrages, die Erhöhung des Kindergeldes sowie eine Anhebung des Arbeitnehmerpauschbetrages. Durch die Verschiebung der zweiten Progressionszone bleibt künftig mehr Netto in kleineren und mittleren Gehaltsklassen übrig. Der Spitzensteuersatz wird erst ab einem etwas höheren Einkommen fällig. Insbesondere auch durch eine moderate Anhebung des Reichensteuersatzes wird diese Entlastung finanziert.

Wir befreien Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen von Bürokratie. Dafür werden wir unter anderem ein Berichtsentlastungsgesetz einführen, in dem wir die Beweislast umkehren. Gesetzliche Berichtspflichten werden pauschal aufgehoben. Es bleiben nur diejenigen, die durch die Ministerien explizit begründet werden. Weiterhin werden wir u.a. betriebliche Beauftragte bei Erhalt des Schutzniveaus abschaffen, mit einer „Betriebspflichten-Bremse“ neue Berichtspflichten vermeiden, die Genehmigungsfiktion ausweiten sowie den Datenschutz vereinfachen. Dadurch entlasten wir insbesondere auch unseren Mittelstand. Relevante Standards aus den Bereichen Menschenrechte, Bürgerrechte, Verbraucherrechte, Arbeitnehmerrechte oder zur Verhinderung von Steuerbetrug werden wir hierbei nicht absenken.

Wir bleiben Autoland. Dafür verbessern wir weiter die Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft, stärken den Freihandel mit Partnerländern und setzen uns auf EU-Ebene für einen technologieoffenen Wandel ein, damit auch nach dem Jahr 2035 neben batterieelektrischen Fahrzeugen ergänzende Übergangstechnologien wie Plug-In-Hybrid-Fahrzeuge (PHEV), Elektrofahrzeuge mit Range-Extendern (EREV) und hocheffiziente Verbrenner zugelassen werden können. Wir setzen uns daher dafür ein, die von der EU-Kommission Anfang 2027 geplante Anschärfung des sogenannten Utility Factors auszusetzen. Mehremissionen oberhalb des Zielwerts von 90 Prozent müssen nicht vollständig kompensiert werden. Die von der Europäischen Kommission vorgesehene Quote für Grünen Stahl muss erreicht werden. Damit Deutschland beim autonomen Fahren Weltspitze wird, wird die Koalition das Thema zu einem Schwerpunkt in den kommenden

Monaten machen: Wir werden prüfen, wie wir den Umstieg vom Modellprojekt in die Fläche und in den Markt, zum Beispiel durch schnellere Genehmigungen und gezielte Förderung, beschleunigen können. Zudem fördern wir den Kauf und das Leasing von Elektro- und Plug-in-Hybrid-Fahrzeugen sowie Range Extender für kleine und mittlere Einkommen. Sobald die Bundesregierung EU-rechtskonforme und möglichst EU-weit harmonisierbare Local-Content-Kriterien und tragfähige EU-Präferenzregelungen erarbeitet hat, werden diese in das laufende Förderprogramm integriert. Wir treiben den Ausbau der Lade- und Tankinfrastruktur für Strom und Wasserstoff sowie erneuerbare Kraftstoffe voran, um Akzeptanz und Alltagstauglichkeit zu gewährleisten und verbessern die Transparenz bei den Ladepreisen.

Neue Handels- und Investitionsschutzabkommen und stärkerer Schutz gegen unfairen internationalen Wettbewerb. Europa profitiert von einem offenen und fairen Welthandel. Deshalb unterstützen wir die Europäische Kommission und die Bundesregierung in dem Bemühen, den Abschluss von weiteren Handels- und Investitionsabkommen voranzutreiben. Gleichzeitig setzen wir auf einen stärkeren Schutz gegen marktverzerrende Praktiken und unfairen Wettbewerb. Dabei braucht es einen robusten Schutz gegen unfairen Wettbewerb, insbesondere durch eine schnellere und breitere Anwendung von Anti-Dumping- und Anti-Subventions-Maßnahmen auf europäischer Ebene. Umgehungsmöglichkeiten gegen diese Schutzmaßnahmen müssen effektiv unterbunden werden, geoökonomische Disparitäten und Ungleichgewichte müssen adressiert, einseitige Abhängigkeiten bei Rohstoffen und Produkten reduziert werden. Gleichzeitig müssen wir die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und der EU durch attraktive Rahmenbedingungen, eigene innovative und wettbewerbsfähige Produkte sowie Freihandelsabkommen erhöhen.

Wir machen Bauen, Wohnen und Mieten einfacher und günstiger. Dazu schließen wir zeitnah die Beratungen des Mietrecht-II-Paketes und der Baugesetzbuchnovelle ab. Mit der Baugesetzbuchnovelle machen wir das Bauen einfacher und schneller: Planungs- und Genehmigungsverfahren werden kürzer und digitaler, in angespannten Wohnungsmärkten bekommt der Wohnungsbau Priorität. Wir wollen, dass Wohnen in den eigenen vier Wänden zukünftig mehr Menschen ermöglicht wird. Wir werden mit dem neuen Gebäudetyp E einfacheres, schnelleres und kostengünstigeres Bauen ermöglichen.

Mit dieser **Politik aus der Mitte** heraus ist es unser Ziel Wachstum zu schaffen, den Zusammenhalt zu stärken und umfassende Sicherheit zu bieten. Dabei wollen wir als Koalitionsfraktionen Stabilitätsanker bleiben und mit Zuversicht auf die bevorstehenden Herausforderungen schauen.